

Abdriften in den Autoritarismus? Die Situation in Polen vor den Parlamentswahlen

Majcherek, Janusz A.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Majcherek, J. A. (2019). Abdriften in den Autoritarismus? Die Situation in Polen vor den Parlamentswahlen. *Polen-Analysen*, 241, 2-7. <https://doi.org/10.31205/PA.241.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

POLEN VOR DEN PARLAMENTSWAHLEN 2019

■ ANALYSE	
Abdriften in den Autoritarismus? Die Situation in Polen vor den Parlamentswahlen Janusz A. Majcherek, Pädagogische Universität, Krakau	2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Wahlen und Parteipräferenzen	8
■ CHRONIK	
2. Juli 2019 – 2. September 2019	11

Abdriften in den Autoritarismus? Die Situation in Polen vor den Parlamentswahlen

Janusz A. Majcherek, Pädagogische Universität, Krakau

Zusammenfassung

Am 13. Oktober 2019 finden in Polen Parlamentswahlen statt. Die seit vier Jahren regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) behält laut Umfragen weiterhin die Oberhand, während sich die Opposition in drei Blöcke aufgespalten zur Wahl stellt. Ob sie in der Lage sein wird, eine parlamentarische Mehrheit gegen die *PiS* zu gewinnen, ist unklar. Die vorausgegangenen Wahlen zu den Organen der Selbstverwaltung (Herbst 2018) und zum Europaparlament (Mai 2019) lassen keine eindeutigen Schlüsse zu, wie stark die Opposition wirklich ist. Das konservative Regierungslager, das 2015 mit dem Anspruch des »Saubermannes« an die Macht gekommen ist, verliert sich, nach zum Teil erfolgreicher Vereinnahmung von öffentlichen Institutionen und Aufhebung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien, derzeit in zahlreichen Affären. Diese scheinen jedoch nicht das Vertrauen der leicht mobilisierbaren *PiS*-Wählerschaft zu untergraben. Als wichtigste Errungenschaften der Regierungsmannschaft nennt der Autor die Einleitung spürbarer Sozialtransfers (500+), das konservative Menschen- und Gesellschaftsbild sowie eine national betonte Rhetorik und Erinnerungspolitik.

Am 13. Oktober dieses Jahres finden in Polen die Wahlen zum Parlament (*sejm*) statt. Es sind dies die dritten Wahlen einer ganzen Serie, die mit den Selbstverwaltungswahlen im Herbst vergangenen Jahres begannen und mit den Präsidentenwahlen im kommenden Frühjahr bekrönt werden. Der Einsatz der bevorstehenden Parlamentswahlen ist besonders hoch, denn sie entscheiden nicht nur über die Gestalt der zukünftigen Regierung, die die Verantwortung für die nächsten vier Jahre übernehmen wird, sondern auch über die Zukunft der liberalen Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in Polen. Sollte sich die seit vier Jahren regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) an der Macht halten, scheint das Abdriften des Landes in den Autoritarismus vorhersehbar, dessen schrittweise Entwicklung seit Beginn der nun endenden Wahlperiode anhält. Die *PiS* demontiert der Reihe nach die Institutionen des demokratischen Rechtsstaates bzw. ordnet sie ihrer willkürlichen Macht und Kontrolle unter, insbesondere diejenigen, die über diesen Rechtsstaat wachen, das heißt die Gerichte mit dem Verfassungstribunal an der Spitze, das mit Akteuren besetzt wird, die gehorsam den politischen Willen des Vorsitzenden der regierenden Partei ausführen. Parteichef Jarosław Kaczyński ist *de facto* der Staatsführer, obgleich er nur einfacher Abgeordneter im Sejm ist. Sollte er für die kommende Legislaturperiode ein Mandat erhalten, wird er dies bestimmt nutzen, um weitere noch unabhängige Institutionen zu zerstören oder zu entmündigen, darunter auch die privaten Medien (die staatlichen Medien sind bereits vollständig der Regierungs- und Parteipropaganda untergeordnet). Dies legen die Beispiele Russland, Türkei und Ungarn nahe, das heißt der Länder, in denen die Ein-

führung des Autoritarismus weiter fortgeschritten ist als in Polen, wo sie seit vier Jahren andauert und insbesondere der ungarischen Entwicklung sehr ähnlich ist.

Die Opposition angesichts der autoritären Bedrohung

Angesichts der offensichtlichen autoritären Gefahr bemüht sich die Opposition um ihre Konsolidierung. Vor den Selbstverwaltungswahlen im vergangenen Jahr entstand unter der Leitung der stärksten oppositionellen Gruppierung, der Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska – PO*), ein Mitte-Links Bündnis, die Bürgerkoalition (*Koalicja Obywatelska – KO*).

Das Ergebnis der Selbstverwaltungswahlen war nicht eindeutig, denn in den kleinen Gemeinden und Kreisen kandidierten viele lokale, parteilose Akteure, die nicht mit den landesweiten Hauptgruppierungen gleichzusetzen waren. Auf der Ebene der Woiwodschaften (vergleichbar mit den deutschen Bundesländern) allerdings hat die Opposition gegen das Lager der Zentralregierung praktisch unentschieden gespielt. Die *PiS* erhielt in den Woiwodschaftslandtagen (*sejmiki*) 245 Mandate und die *KO* 194, wobei hier die 70 Abgeordneten der Polnischen Bauernpartei (*Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL*) hinzuzuzählen sind, die viele Jahre der Koalitionspartner der *PO* war. Die *PiS* fuhr jedoch einen relativen Wahlsieg ein, denn ihr gelang es, die Kontrolle über neun von 16 Woiwodschaften zu übernehmen, während sie vorher gerade einmal in einer regiert hatte. Zum Teil kam es dazu infolge von politischer Korruption, die die *PiS* bei einzelnen Abgeordneten einsetzte, indem sie sie mit dem Versprechen bestimmter Posten in Behörden oder anderen Selbstverwaltungsinstitutionen köderte, sollten sie

auf die Seite der *PiS* wechseln, und in einigen Fällen hat dies gefruchtet. Einen Einfluss auf die Kräfteverteilung in den Regionen hatte auch das relativ schwache Ergebnis der Bauernpartei, die vorher zusammen mit der *PO* die Regierungen in 15 Woiwodschaften gestellt hatte. Dies bestätigte den bereits vorher festgestellten Trend, dass die *PiS* die ländliche Wählerschaft abfängt, die bisher die gesellschaftliche Basis der *PSL* war. In einem Land, in dem 40 % der Bürger auf dem Land leben, ist deren Unterstützung von außerordentlicher Bedeutung.

In den Städten dagegen triumphierte die *KO*. Unter den 100 größten Städten gelang es der *PiS* nur in einigen wenigen die Kontrolle zu erhalten, und hier in den kleineren.

Die Ergebnisse der Selbstverwaltungswahlen zeigten die Intensivierung und Verschärfung der politischen Spaltung zwischen den Einwohnern der Städte und der Dörfer sowie zwischen dem westlichen und dem östlichen Landesteil. Auf dem Land und in den östlichen Regionen hat die *PiS* ihre treueste und am stärksten mobilisierte Wählerschaft; die Städte, insbesondere die im Westen des Landes, sind Bastionen der Opposition.

Die Europawahlen als generelle Prüfung

Die Europawahlen im Mai dieses Jahres hatten keinen direkten Einfluss auf das Machtsystem und seine Struktur in Polen, sie wurden aber als generelle Prüfung der rivalisierenden politischen Lager, der Chancen, die autoritäre Gruppierung von der Macht abzulösen, sowie der proeuropäischen Einstellungen der Gesellschaft aufgefasst. Die Opposition rückte noch stärker zusammen, denn der *KO* schloss sich auch die schwächelnde *PSL* an, die praktisch keine Chance hatte, selbständig irgendeins von den insgesamt 52 Mandaten für Polen im Europäischen Parlament zu erlangen. Die *KO* benannte sich in Europäische Koalition (*Koalicja Europejska – KE*) um.

Einige Monate vor den Wahlen trat allerdings eine neue politische Bewegung in Erscheinung, initiiert von dem ehemaligen Abgeordneten der Demokratischen Linksallianz (*Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD*) und bis vor kurzem Stadtpräsident von Stolp (Ślupsk), dem vielleicht bedeutendsten polnischen Politiker, der sich offen zu seiner Homosexualität bekennt, Robert Biedroń. Er versuchte, die zerstreute linke Wählerschaft einzusammeln und zu konsolidieren, aber auch, sich der immer deutlicher zutage tretenden Spaltung in zwei konträre politische Blöcke entgegen zu stellen, indem er sich als dritte Kraft anbot. Trotz vielversprechender Wahlumfragen und dem großen Wohlwollen der unabhängigen Medien erhielt die Gruppierung um Biedroń, optimistisch »Frühling« (*Wiosna*) genannt, nur knapp 6 % der Wählerstimmen, was der Partei drei Sitze im Europäischen Parlament einbrachte (einen nimmt Biedroń ein). Die *PiS* erhielt 27 Mandate und die *KE* 22. In Pro-

zent der Wählerstimmen ergab sich wieder ein Remis, denn die *KE* erhielt über 38 %, Frühling über 6 % (was zusammen ca. 45 % ergibt, wobei hier außerdem die Stimmen für die Linkspartei »Gemeinsam« (*Razem*) hinzuzählen wären) und die *PiS* erhielt über 45 %. Letzteres war allerdings eine große Überraschung, denn die Wählerschaft auf dem Land und in der Provinz, die die gesellschaftliche Basis der *PiS* ist, gilt als weniger proeuropäisch und hatte bisher selten an den Europawahlen teilgenommen (im Jahr 2014 betrug die Wahlbeteiligung insgesamt 24 % und war eine der niedrigsten in der Europäischen Union). Dieses Mal allerdings wurde diese Wählerschaft mobilisiert und obgleich in Warschau (Warszawa) über 60 % der Einwohner ihre Stimme abgaben und in einigen anderen Städten über 50 % (die durchschnittliche Beteiligung in Polen lag bei 45 %), garantierte die Wählerschaft in der Provinz der *PiS* dieses hohe Ergebnis.

Die mehr als 38 % für den oppositionellen Block sind zwar kein schlechtes Ergebnis (die *PiS* erhielt vor vier Jahren die parlamentarische Mehrheit in Polen mit etwas über 37 %), jedoch trotzdem enttäuschend gegenüber den 45 %, die die *PiS* erhielt. Die Akteure der *PSL* meinten, dass sie angesichts des allzu linken Profils der Europäischen Koalition Wähler verlieren und beschließen, diese zu verlassen. Grzegorz Schetyna, der Parteivorsitzende der konservativ-liberalen *PO*, erkannte, dass in dieser Situation die von ihm geführte *KE* eine noch stärker links gerichtete Neigung erhält, insbesondere wenn ihr noch Biedrońs »Frühling« beitreten würde, aus Angst, dass die erhaltenen 6 % bei den Europawahlen gefährlich nah an der 5%-Hürde liegen, die für den Einzug in den polnischen Sejm gilt, was die Suche nach Koalitionspartnern für die polnischen Parlamentswahlen notwendig macht. Die Abneigung Schetynas, der *KO* eine zu links orientierte Ausrichtung zu geben, stärkte paradoxerweise die Linke, denn von der *KO* abgelehnt, war sie gezwungen, sich in ihrem eigenen Kreis zu konsolidieren.

Im Ergebnis geht die Opposition in drei Blöcken in die Parlamentswahlen im Oktober, bestehend aus der Mitte-Links-Koalition *KO*, der vereinigten Linken (inklusive »Frühling«) und der *PSL* gemeinsam mit der Randpartei *Kukiz '15* (ihr Gründer, der ehemalige Rockmusiker Paweł Kukiz, erhielt in den Präsidentenwahlen im Jahr 2015 sensationelle 20 % und baute auf dieser Basis eine Antiestablishment-Bewegung auf, die bereits deutlich erschöpft ist und von Wahlen zu Wahlen schwächer wird).

Vor den Parlamentswahlen in Polen

Es gibt keine Gewissheit, und sie wird es bis zu den Sejmwahlen auch nicht geben, ob für die Opposition

die Variante einer einheitlichen Front oder aber eines Starts in drei Blöcken vorteilhafter ist. Erstere Variante scheint mit Blick auf die Wahlordnung vielversprechender zu sein, da die Umrechnung der Stimmen in Mandate nach dem d'Hondt'schen System die stärkeren Gruppierungen bevorzugt – 38 % für einen Block ergibt mehr Mandate, als die Parteien mit 25 und 13 % Unterstützung zusammen bekommen. Die Akteure der *PSL* und manche Kommentatoren weisen jedoch darauf hin, dass sich die Stimmen der Wählerschaft der einzelnen Parteien, die dann einen Block bilden, nicht einfach addieren lassen würden, da die Parteien im Rahmen eines Wahlbündnisses ihre Identität und ihr eigenes Profil verlören, was desorientierte und lustlose Wähler zur Folge hätte. Viele Beobachter sagen außerdem, dass ein gemeinsamer Block, der von Parteien mit unterschiedlichem Profil gebildet wird, kein kohärentes Programm haben könne, das heißt, das Angebot würde sich auf den Widerstand gegen die regierende *PiS* reduzieren und wäre somit reaktiv und negativ und hätte keine positive Botschaft. Anti-*PiS* sei zu wenig, sagen diese Kommentatoren und Beobachter.

Drei einzelne Wahlbündnisse schaffen ein breiteres und vielfältigeres politisches Angebot, das die unterschiedlichen Wähler zufrieden stellen soll. Allerdings ergeben die Stimmen insgesamt nicht unbedingt die Anzahl von Abgeordnetenmandaten, die für die Übernahme der Regierung ausreichen würde. Insbesondere wenn einer der Blöcke nicht die 8%-Hürde übersteigt, was der Koalition aus *PSL* und *Kukiz '15* wohl am ehesten drohen könnte. Eine solche Situation trat 2015 auf, als der linken Koalition 0,5 % der Stimmen für die bei Wahlbündnissen erforderlichen 8 % fehlte; infolgedessen waren die Stimmen vergeudet, die *PiS* konnte selbständig die Regierung übernehmen und die Linke fand sich außerhalb des Parlaments wieder. Daher bildet die Linke aktuell keine formale Koalition, sondern ein Wahlkomitee, für das es reicht, die 5%-Hürde zu überschreiten.

Allerdings stellte die Opposition gemeinsame Kandidaten für den Senat auf. Die Wahlen für die zweite Parlamentskammer finden gleichzeitig mit den Sejmwahlen statt, allerdings in Ein-Mandats-Kreisen und nach dem Mehrheitswahlrecht, nach dem der Kandidat mit den meisten Stimmen gewählt ist. Formal handelt es sich nicht um Vertreter der Opposition in ihrer ganzen Breite, sondern einzelne Parteien haben die Kandidaten für bestimmte Kreise ausgewählt, in denen dann die übrigen Oppositionsparteien keine weiteren Kandidaten aufstellen. Wenn die Kandidaten der Oppositionsparteien über die Hälfte der Senatsmandate erhalten würden, könnte die Opposition zumindest manche autoritären Ausbrüche der

PiS-Regierung bremsen, sollte diese wieder gewählt werden.

Das Regierungslager im Schatten von Skandalen und Affären

Wie jede populistische Gruppierung kam die *PiS* mit Versprechungen an die Macht, die gewöhnlichen Bürger besser zu repräsentieren und den Staat von vermeintlichen Missständen und Regelwidrigkeiten zu säubern. In der Praxis bedeutete dies, immer mehr Bereiche des öffentlichen Lebens unter die Kontrolle der Partei zu bringen und die Institutionen mit von der Partei nominierten Personen zu besetzen, die loyal gegenüber den politischen Vollmachtgebern sind und ihre Anweisungen ausführen. Besonders deutlich ist dies bei den staatlichen Medien, wo massenhaft Journalisten entlassen und durch Propagandisten ersetzt wurden. Sie betreiben eine aufdringliche politische Agitation im Stil des TV-Senders Fox, was bei den älteren Polen Assoziationen an die kommunistischen Zeiten hervorruft. Ausgetauscht wurde auch die Leitungsebene in allen Firmen, bei denen der Staat Mehrheitseigner ist; außerdem wurden manche Unternehmen (beispielsweise eine der größten Banken) durch staatliche Anteilseigner übernommen. Begonnen wurde mit einer breit angelegten Aktion, die Institutionen der Rechtsprechung unterzuordnen, das heißt, es werden die unabhängigen Richter der Reihe nach abgezogen und durch dienstbare Funktionäre ersetzt. Begleitet wurde dies mit einer massiven Aktion, die Richter und ihre *community* schlecht zu machen und zu verleumdern.

Unlängst kam heraus, dass diese Aktion im Internet mit Hilfe befreundeter *bater* und Trolle durchgeführt und vom stellvertretenden Justizminister und seinen Handlangern koordiniert wurde. In Übereinkunft mit einer regierungstreuen Internetnutzerin, der Ehefrau eines Richters, der von der *PiS* für den nicht rechtmäßig besetzten Landesjustizrat ernannt wurde, wurden im Internet Gerüchte und Verleumdungen über Richter verbreitet, die sich gegen den Anschlag auf die Unabhängigkeit der rechtsprechenden Gewalt wehren. Ziel war es, diese zu kompromittieren. Die reuige Internetnutzerin enthüllte das Prozedere und machte die Korrespondenz mit den Ministerialbeamten über die Verleumdung der widerständigen Richter zugänglich. Bald zeigte sich, wie viele staatliche Funktionäre, aber auch Journalisten der staatlichen Medien in diese Angelegenheit verwickelt sind.

Dies ist jedoch nur eine von vielen Affären, die das Regierungsgeschäft der *PiS* begleiten. Vor mehreren Monaten wurden Mitschnitte vertraulicher Gespräche zwischen dem *PiS*-Parteichef Jarosław Kaczyński und einem österreichischen Bauunternehmer (übrigens sei-

nem entfernten Cousin) veröffentlicht, in denen Pläne zum Bau von zwei Bürohochhäusern in Zentrum von Warschau geschmiedet wurden, und zwar mit Geldern, die von staatlich übernommenen Banken geliehen werden sollten. Der Gewinn aus der Vermietung der Bürokomplexe sollte illegal in die Parteikasse fließen und auf diese Weise *PiS*-Funktionäre versorgen – allerdings ist die Ausübung wirtschaftlicher Tätigkeiten durch politische Parteien in Polen verboten. Die von der *PiS* kontrollierte Staatsanwaltschaft lehnt es ab, Kaczyński zu verhören und verschleppt die Untersuchung in dieser Angelegenheit. Vorher waren Gesprächsmitschnitte veröffentlicht worden, in denen der Präsident der Finanzaufsichtsbehörde einem der reichsten polnischen Banker Schutz für dessen Bank gegenüber übermäßigen Eingriffen staatlicher Institutionen anbot, als Gegenleistung für die Beschäftigung einer bestimmten Person mit einem Jahresgehalt in Höhe von 40 Mio. Zloty (fast 10 Mio. Euro). Auch in diesem Fall hat es die Staatsanwaltschaft nicht eilig, die Angelegenheit aufzuklären (obgleich der Präsident der Finanzaufsichtsbehörde selbst entlassen wurde). Immer wieder werden illegale Honorare für staatliche Funktionäre publik, und unlängst kam an die Öffentlichkeit, dass führende Regierungsvertreter für Flüge nach Hause und zu ihren Wochenendhäusern permanent mit Regierungsflugzeugen geflogen sind, wobei die kostspieligen Sondersicherheitsmaßnahmen angewandt wurden – der Sejm marschall wurde daraufhin entlassen. Kleinere Skandale und Affären mit Beteiligung von Politikern und Akteuren der Regierungspartei werden fast wöchentlich verzeichnet. Immer häufiger wird davon gesprochen, dass in Polen ein Mafia-Staat entsteht, wie ihn für Ungarn der Soziologe und Politologe Bálint Magyar beschrieb.

Die *PiS* stellte sich als Partei dar, die die polnischen Institutionen von den dort verbliebenen kommunistischen Funktionären säubern würde, und damit begründeten die regierenden Politiker ihre Säuberungen in vielen öffentlichen Institutionen. Es zeigte sich aber, dass die Regierungspartei in ihren Reihen zahlreiche Akteure des Kaders aus kommunistischen Zeiten hat, beispielsweise einen ehemaligen Staatsanwalt, der während des Kriegsrechts (1981–83) Aktivist der damaligen anti-kommunistischen Opposition anklagte. Dieser ehemalige Staatsanwalt und aktuell *PiS*-Abgeordnete steht an der Spitze der Aktion, unabhängige Richter zu entlassen. Die Präsidentin des übernommenen Verfassungstribunals entpuppte sich als ehemaliges Mitglied des kommunistischen Studentenverbands. Ihr Ehemann, Botschafter in Berlin, war von den kommunistischen Machthabern als geheimer Mitarbeiter registriert worden; es existiert das von ihm unterzeichnete Dokument, mit dem er seine Zustimmung zur Zusammenarbeit und

zur Annahme des Decknamens »Wolfgang« gibt. Es gibt noch mehr Beispiele für Personen, die in der *PiS* Karriere machen und vormals mit der Tätigkeit kommunistischer Institutionen verflochten waren.

In vielen Buchpublikationen und journalistischen Berichten werden Mutmaßungen über stärker werdende russische Einflüsse in Polen laut. Neben der fassadenhaften Abneigung gegenüber Russland, die in den Kreisen der polnischen Regierung bekundet wird, sollen in ihrem Umfeld Personen und Gruppen agieren, die Methoden der »hybriden Kriegsführung« anwenden, das heißt der destruktiven Einflussnahme auf andere Staaten durch die russischen Nachrichtendienste. Dazu gehört auch die Erzeugung antiwestlicher und antieuropäischer Stimmungen in der Gesellschaft. Unabhängig von möglichen oder mutmaßlichen russischen Einflüssen in polnischen Regierungskreisen realisieren sie eine Politik in Übereinstimmung mit den russischen Zielen, die Europäische Union zu desorganisieren und auseinanderzubringen sowie den westeuropäischen Kulturmustern und Zivilisationstrends entgegen zu treten.

Im Wahlkampf begannen die Akteure der *PiS* eine verbitterte Kampagne gegen die LGBT-Bewegung. Dazu kam es, weil sich die Phase des Wahlkampfes mit der Saison der »Märsche der Gleichheit« in vielen polnischen Städten, das heißt den Demonstrationen für die Rechte sexueller Minderheiten, überschneidet. An der Kampagne beteiligten sich aktiv hohe Amtsinhaber und einfache Priester der katholischen Kirche und an den gewalttätigen Angriffen auf die Teilnehmer der Märsche der Gleichheit Aktivisten rechtsextremer Organisationen. In vielen Städten kam es während der Demonstrationen der LGBT-Bewegung, ihrer Sympathisanten und der Verteidiger der Menschenrechte zu aggressiven Aktionen vonseiten rechter Hooligans. Kaczyński, Politiker der *PiS* und katholische Priester führen eine anhaltende Kampagne gegen sexuelle Minderheiten und stellen sich als Verteidiger der traditionellen Familie und Religion gegenüber den Verbreitern von Sittenverfall dar.

Diese Aktion wird umso energischer betrieben, als vor einigen Monaten im Internet unter großer Aufmerksamkeit ein Dokumentarfilm über sexuellen Missbrauch in der katholischen Kirche präsentiert wurde. Unter der Regie eines bekannten Journalisten und Reporters kamen Opfer und Täter zu Wort. Millionen sahen den Film im Internet und das Thema wurde Gegenstand einer lebhaften öffentlichen Debatte. Die gegenwärtigen Angriffe auf die LGBT-Bewegung werden als Versuch interpretiert, die Pädophilie-Skandale in der polnischen Kirche zu vertuschen. Als einer ihrer negativen Hauptprotagonisten erwies sich dabei der ehemalige Seelsorger von Lech Wałęsa und einflussreiche Priester der oppositionellen *Solidarność*-Bewegung in der

Volksrepublik Polen, der nicht nur als pädophil entlarvt wurde, sondern auch als Informant der kommunistischen Geheimdienste.

Ursachen der gesellschaftlichen Unterstützung für die PiS

Die Angriffe auf die LGBT-Bewegung und vermeintliche Feinde der traditionellen Werte, Familie und Religion treffen auf Zustimmung in den ländlichen und kleinstädtischen Milieus der polnischen Provinz. Die Hauptursache für die Unterstützung der *PiS* ist allerdings ihr verschwenderisches Programm von Sozialtransfers, die konkreten Bevölkerungsgruppen direkt gezahlt werden. Hier geht es vor allem um die Geldleistung in Höhe von 500 Zloty, die monatlich für jedes Kind gezahlt wird (zirka 120 Euro, das sind ungefähr ein Zehntel des Durchschnittslohns und mehr als ein Fünftel des Mindestlohns), sowie um die 13. Rentenzahlung. Die Regierung schürt dabei die Angst, dass die liberale Opposition diese Programme im Falle eines Regierungswechsels einschränken oder gar abschaffen würde, was ein Teil der Wähler glaubt, auch wenn die Politiker der Opposition dem widersprechen.

Die *PiS*-Regierung erfreut sich einer sehr guten wirtschaftlichen Konjunktur und eines schnellen Wachstums des Bruttoinlandsprodukts; im vergangenen Jahr betrug es über 5%, im laufenden Jahr sind es immer noch über 4%. Dies ist allerdings zu einem bedeutenden Teil eine Folge der gelungenen Transformation nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems, dank derer das Wirtschaftswachstum in Polen ununterbrochen seit fast 30 Jahren auf einem hohen Niveau anhält. Aktuell wird es zusätzlich angefacht durch die große Binnennachfrage, die dank der finanziellen Beihilfen für zahlreiche Bevölkerungsgruppen und infolgedessen deren Kaufkraft gestärkt wird. Diese Geldtransfers verschlingen Milliarden Zloty jährlich, die bei einer erwarteten Konjunkturschwäche in der Zukunft fehlen können, umso mehr, als der öffentliche Haushalt immer im Defizitbereich liegt und die Schulden der öffentlichen Hand – wenn auch in den von der EU gesetzten Grenzen – beständig wachsen.

Ein zweiter Grund für die große gesellschaftliche Zustimmung für die *PiS*-Regierung ist die von der offiziellen Propaganda angefachte patriotisch-nationalistische Belebung, die insbesondere in geschlossenen dörflichen und kleinstädtischen Milieus auf fruchtbaren Boden fällt und Stolz hervorruft, weil Polen sich angeblich »von den Knien erhebt« und als selbständiger Akteur aufgebaut wird, der sich nicht dem Druck der internationalen Institutionen beugt (der allerdings ausgeübt wird, weil in Polen immer offensichtlicher die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit verletzt werden).

Die dritte Ursache für die beständig hohe Unterstützung der nationalistisch-klerikalen *PiS* ist die konservativ-traditionalistische Gegenoffensive der Partei gegen die kulturellen und sittlichen Innovationen und Veränderungen, die mit angeblicher westeuropäischer Dekadenz und Sittenverfall identifiziert werden. Die Interventionen der EU-Institutionen, die gegen die Verletzung der EU-Standards der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte in Polen protestieren, werden von der Regierungs- und Parteipropaganda als den Polen aufgebürdete Revolution gegen ihren Lebensstil dargestellt. Es handelt sich hier um eine Mischung aus Anti-EU-Pseudoargumenten (ähnlich wie in der britischen Brexit-Propaganda) und Verteidigung des Heimischen, Vertrauten, das dem Kosmopolitismus und der Globalisierung entgegen gestellt wird. Hinzu kommen die für populistische Bewegungen typischen Ressentiments gegenüber Eliten, und da die intellektuellen und künstlerischen Eliten mehrheitlich liberal und links eingestellt sind, treten jene in einer antiliberalen und antilinken, nationalkonservativen Gestalt auf.

Die internationale Isolierung und der Druck des Auslands

Die permanente Verletzung der in der Europäischen Union geltenden Standards des demokratischen Rechtsstaates durch die Regierungsmannschaft und die auf internationaler Bühne betriebene nationalistisch motivierte Politik des nationalen Egoismus drängen Polen in eine zunehmende Isolation.

Anfänglich bemühte sich die *PiS*, ihre feindseligen Aktivitäten gegenüber den Staaten und Institutionen der Europäischen Union sowie die angespannten Beziehungen zu ihnen durch die Annäherung an das europaskeptische (insbesondere unter der konservativen Regierung) Großbritannien zu kompensieren. Nach dem Referendum, das im Ergebnis den Austritt Großbritanniens aus der EU nach sich zieht, wurde es ein ungeeigneter und unbequemer Partner. Nach der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten ging die Sympathie der Polen regierenden Akteure auf die USA über, denen von den Polen ohnehin immer viel Wohlwollen entgegen gebracht wird, sowie auf die dort stärker werdende *alt-right* Bewegung, die ideologisch mit der *PiS* verwandt ist. Die Beziehungen zu den USA verschlechterten sich allerdings im Zusammenhang mit der Verabschiedung eines Gesetzes durch den US-Kongress (auch JUST Act 447 genannt). Dieses verlangt von mehreren Staaten, die Eigentumsfragen zu ordnen, die sich im Umgang mit dem Nachlass von Bürgern jüdischer Nationalität stellen, die während des Holocaust ermordet wurden (dies würde in niederschmetternder Mehrheit Bürger Polens betreffen, das heißt heute ihre rechtlichen oder institu-

tionellen Erben). Eine ernsthafte Störung der Beziehungen, auch mit Israel, rief das von der *PiS* forcierte Gesetz hervor, das die strafrechtliche Verfolgung von Äußerungen vorsieht, die den Polen (enger gefasst: der polnischen Nation) die Beteiligung an Verbrechen an Juden während des Zweiten Weltkrieges zuschreiben. Diese Verbrechen werden seit Jahren von polnischen Wissenschaftlern dokumentiert und sind dank ihrer Publikationen bekannt. Die Regierungen in Israel und den USA waren der Ansicht, dass die *PiS* solche Untersuchungen und Publikationen verbieten wolle, weshalb sie scharf dagegen protestierten. Auch wenn offen antisemitische Akzente in der offiziellen Politik und Propaganda fehlen, stützt sich die *PiS* auf gesellschaftliche Gruppen, in denen solche Neigungen präsent sind, so dass sie in der Innenpolitik der Regierung Berücksichtigung finden.

Im Falle der USA kommen außerdem solche Vorfälle hinzu wie die Unterstützung der LGBT-Bewegung durch die US-Botschaft in Warschau, was bei der *PiS*-Mannschaft Gereiztheit hervorruft. Da aber Donald Trump einer der wenigen westlichen Politiker ist, die der Regierung in Polen wohlgesonnen sind, werden er und seine Administration gehätschelt.

In der nationalistisch motivierten Politik der *PiS* gibt es starke antideutsche Akzente. Ein Vorwurf ist die historische Schuld Deutschlands (der Überfall auf Polen im September 1939, die blutige Besetzung durch die

Nationalsozialisten, die Zerstörung vieler Städte und eines bedeutenden Teils der Infrastruktur während bzw. infolge des Krieges). Die Politiker der *PiS*, einschließlich Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, drohen damit, dass sie eine Rechnung mit Entschädigungsforderungen für die Kriegsverluste vorlegen werden. Auf deutscher Seite sind die offiziellen Reaktionen auf diese Politik sowie auf das provokante Verhalten des Botschafters in Berlin äußerst zurückhaltend. Dies könnte eine Basis für den Wiederaufbau der bilateralen Beziehungen in der Zukunft sein.

Druck, Ermahnungen und eine formale Einleitung gerichtlich-kontrollierender Verfahren seitens der EU-Institutionen und -Staaten nehmen allerdings auch Einfluss auf die regierende *PiS*. So lässt sie manchmal von radikalen Ideen ab. Die Regierung muss die proeuropäische Einstellung der polnischen Gesellschaft berücksichtigen, die eine der europabegeistertsten in der ganzen EU ist. Der Druck des Auslands, insbesondere der EU-Institutionen, kann eine Schlüsselrolle dabei spielen, Polen vor dem Absturz in den Abgrund des Totalitarismus aufzuhalten, sollte die Regierung der aktuellen Mannschaft nach den Parlamentswahlen eine Verlängerung bekommen.

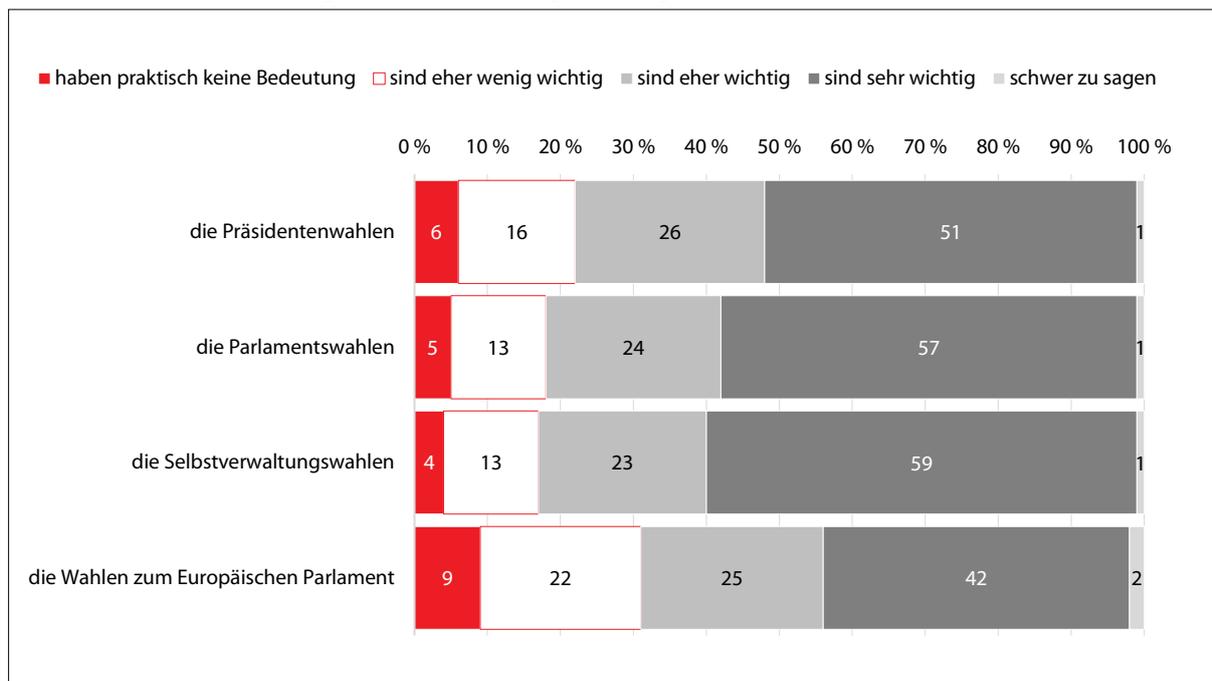
Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor

Prof. Dr. hab. Janusz A. Majcherek ist Direktor des Instituts für Philosophie und Soziologie an der Pädagogischen Universität in Krakau (Uniwersytet Pedagogiczny im. Komisji Edukacji Narodowej w Krakowie).

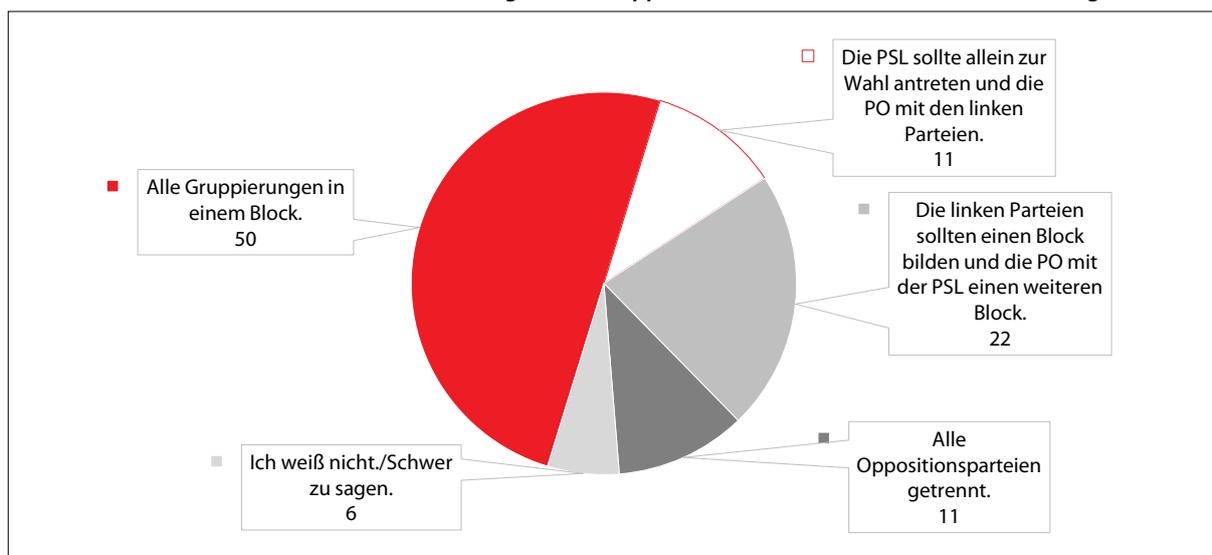
Wahlen und Parteipräferenzen

Grafik 1: Welche Bedeutung haben Ihrer Meinung nach die genannten Wahlen? (%)



Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr 94/2019: Decyzje w wyborach do Parlamentu Europejskiego. Przyczyny absencji wyborczej [Die Entscheidungen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament. Ursachen für die Abwesenheit bei der Wahl]. Warszawa 07/2019. www.cbos.pl

Grafik 2: In welcher Form sollte Ihrer Meinung nach die Opposition in die Parlamentswahlen in Polen gehen? (%)

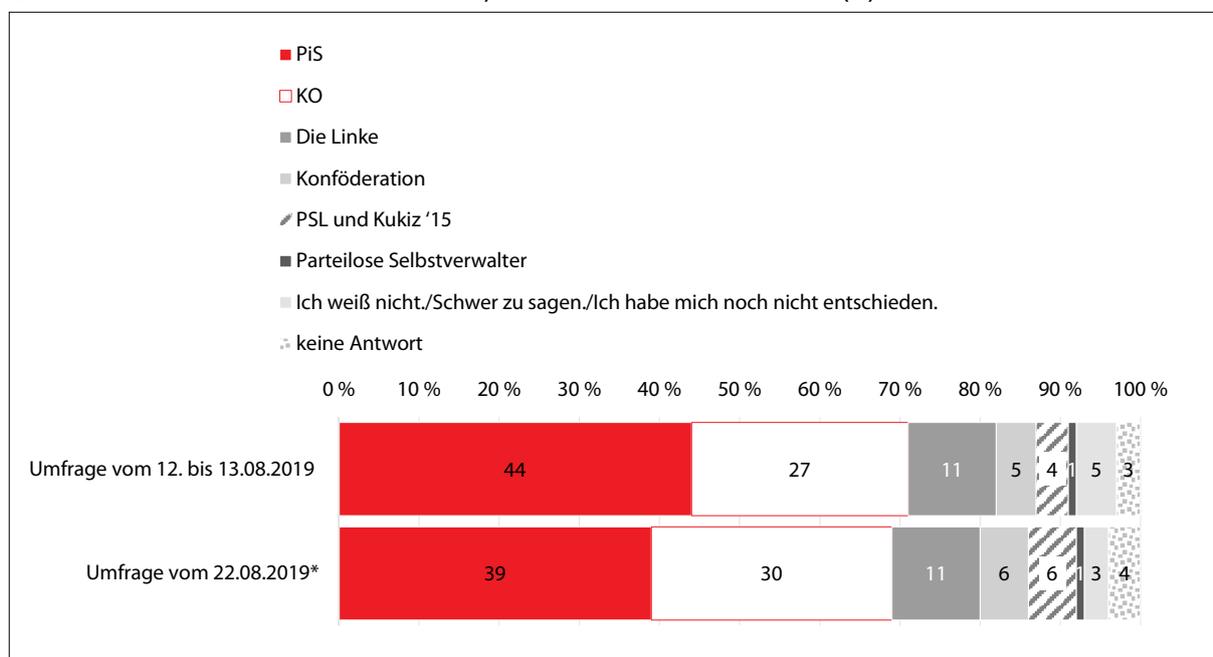


Anm.: Die telefonische repräsentative, landesweite Umfrage wurde vom 12. bis 15.07.2019 von „Kantar“ für die Sender TVN und TVN24 durchgeführt. Die Gruppe der Befragten umfasste 1.002 Personen, die älter als 18 Jahre waren.

PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei; PO – Platforma Obywatelska/Bürgerplattform

Quelle: <https://fakty.tvn24.pl/sondaze-dla-faktow-tvn-i-tvn24,106/wybory-parlamentarne-2019-jak-powinna-startowac-opozycja-sondaz-dla-faktow-tvn-i-tvn24,953054.html> (abgerufen am 28.08.2019).

Grafik 3: Welche Partei würden Sie wählen, wenn demnächst Wahlen wären? (%)



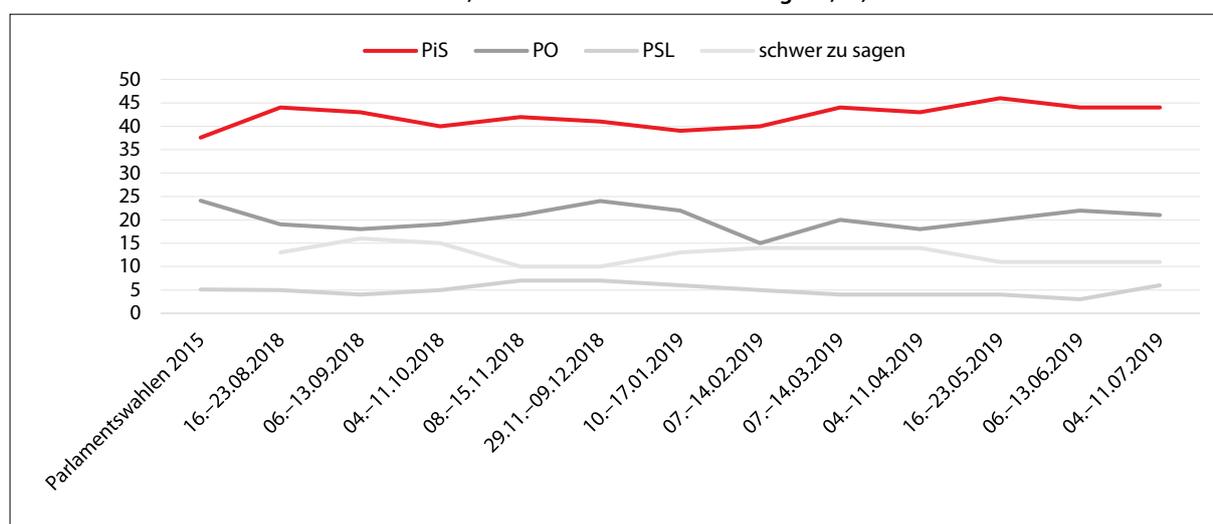
* Nach dem Rücktritt des stellvertretenden Justizministers; dieser soll eine Kampagne gegen Richter organisiert haben, die die Justizreform kritisch beurteilen.

Anm.: Die telefonische repräsentative, landesweite Umfragen wurden vom 12. bis 13.08.2019 bzw. am 22.08.2019 von »Kantar« für die Sender TVN und TVN24 durchgeführt. Die Gruppen der Befragten umfassten 1.003 Personen bzw. 1.012 Personen, die älter als 18 Jahre waren.

PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; KO – Koalicja Obywatelska/Bürgerkoalition = PO – Platforma Obywatelska/Bürgerplattform, Die Moderne/Nowoczesna, Initiative Polen/Inicjatywa Polska, Die Grünen/Zieloni; Die Linke/Lewica = SLD – Sojusz Lewicy Demokratycznej/Demokratische Linksallianz, Frühling/Wiosna, Gemeinsam/Razem; Konföderation/Konfederacja = KORWiN – Koalicja Odnowy Rzeczypospolitej Wolność i Nadzieja/Koalition der Erneuerung der Republik Freiheit und Hoffnung, Nationale Bewegung/Ruch Narodowy; PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei; Parteilose Selbstverwalter/Bezpartyjni Samorządowcy

Quellen: <https://fakty.tvn24.pl/ogladaj-online,60/wybory-parlamentarne-2019-pis-wciaz-prowadzi-sondaz-dla-faktow-tvn-i-tvn24,960864.html> bzw. <https://fakty.tvn24.pl/sondaze-dla-faktow-tvn-i-tvn24,106/wybory-parlamentarne-2019-duza-strata-pis-koalicja-obywatelska-zyskuje-sondaz-dla-faktow-tvn-i-tvn24,963393.html> (abgerufen am 28.08.2019).

Grafik 4: Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Parlamentswahlen wären? (Parteien, die die 5%-Hürde überwinden würden, sowie Antwort »schwer zu sagen«; %)



PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; PO – Platforma Obywatelska/Bürgerplattform; PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei
 Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr 91/2019: Preferencje partyjne w lipcu [Parteipräferenzen im Juli]. Warszawa 07/2019. www.cbos.pl

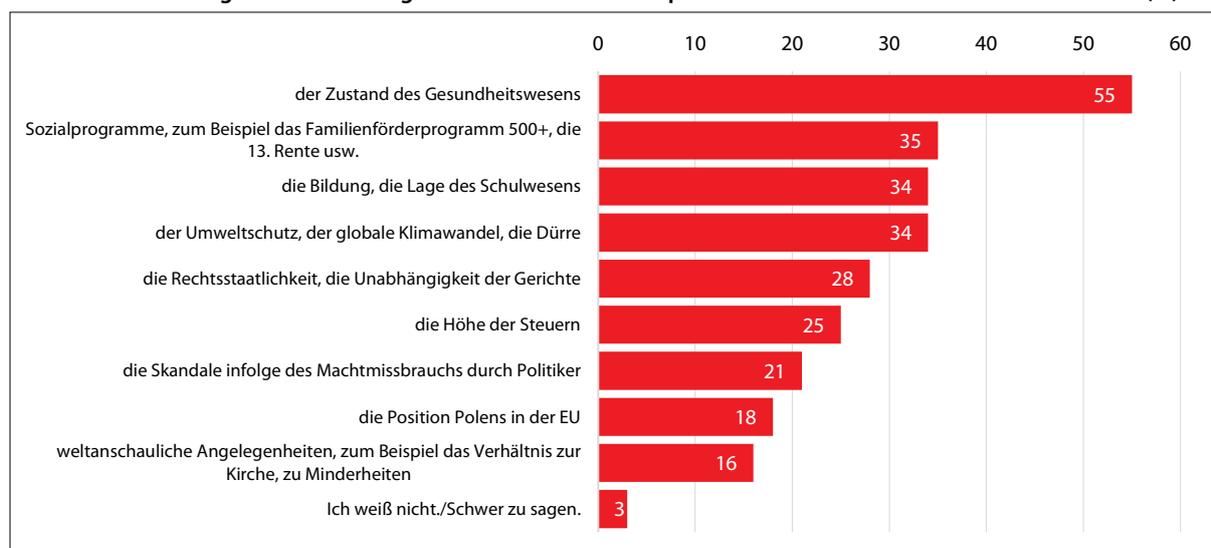
Tabelle 1: Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Parlamentswahlen wären? (%)

	Ergebnisse der Parlamentswahlen 2015	2018					2019						
		16.–23.08.	06.–13.09.	04.–11.10.	08.–15.11.	29.11.–09.12.	10.–17.01.	07.–14.02.	07.–14.03.	04.–11.04.	16.–23.05.	06.–13.06.	04.–11.07.
PiS	37,58	44	43	40	42	41	39	40	44	43	46	44	44
PO	24,09	19	18	19	21	24	22	15	20	18	20	22	21
PSL	5,13	5	4	5	7	7	6	5	4	4	4	3	6
Kukiz '15	8,81	7	7	8	6	5	7	5	5	4	6	4	4
Frühling	-	-	-	-	-	-	-	10	4	5	6	7	4
KORWiN	4,76	2	2	2	3	3	2	2	1	2	1	3	3
SLD	7,55*	4	4	4	5	4	4	2	3	3	2	2	3
Die Moderne	7,60	3	3	3	2	2	2	2	2	2	1	1	1
Nationale Bewegung	-	-	-	-	-	1	1	1	0	1	1	1	1
Partei »Gemeinsam«	3,62	2	2	2	2	1	2	1	1	1	1	0	1
Die Grünen	-	-	-	-	-	1	0	0	1	0	0	1	0
eine andere Partei	0,87	1	2	2	2	2	2	1	0	2	1	1	1
schwer zu sagen		13	16	15	10	10	13	14	14	14	11	11	11
keine Antwort		<1	<1	<1	<1	<1	<1	1	1	1	<1	<1	<1

*Das Wahlergebnis gilt für das Wahlkomitee Vereinigte Linke/Zjednoczona Lewica unter der Führung der SLD.

PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; PO – Platforma Obywatelska/Bürgerplattform; PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei; Frühling/Wiosna; KORWiN – Koalicja Odnowy Rzeczypospolitej Wolność i Nadzieja/Koalition der Erneuerung der Republik Freiheit und Hoffnung; SLD – Sojusz Lewicy Demokratycznej/Demokratische Linksallianz; Die Moderne/Nowoczesna; Nationale Bewegung/Ruch Narodowy; Gemeinsam/Razem; Die Grünen/Zieloni
Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr 91/2019: Preferencje partyjne w lipcu [Parteipräferenzen im Juli]. Warszawa 07/2019. www.cbos.pl

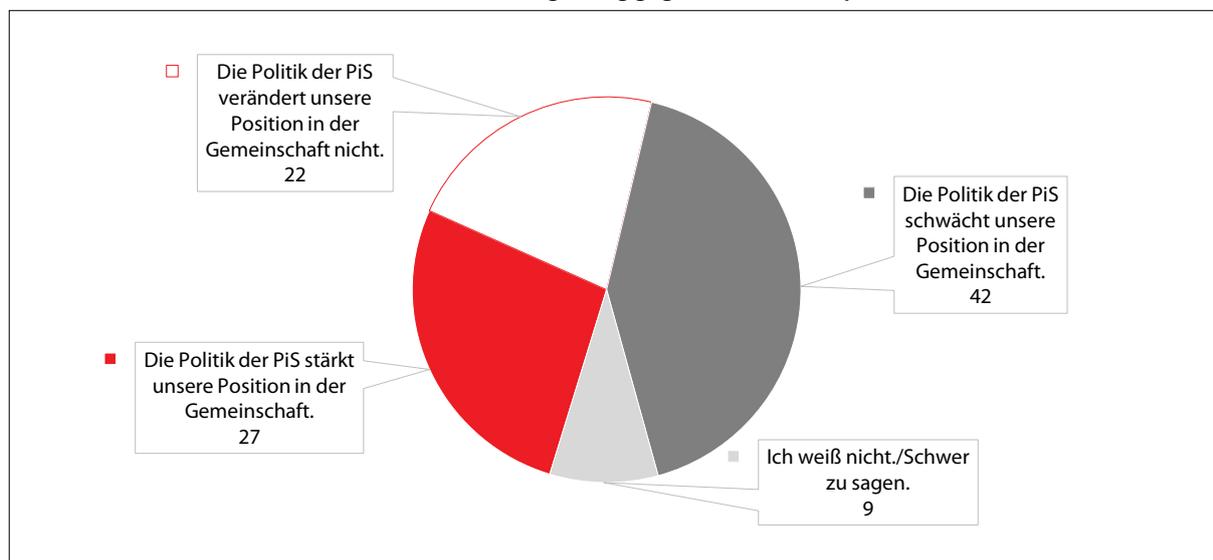
Grafik 5: Der Wahlkampf für die Parlamentswahlen am 13. Oktober 2019 hat gerade begonnen. Was sollte Ihrer Meinung nach das wichtigste Thema des Wahlkampfes sein? Bitte nennen sie max. drei Themen (%)



Anm.: Die telefonische repräsentative, landesweite Umfrage wurde vom 12. bis 13. 08. 2019 von »Kantar« für die Sender TVN und TVN24 durchgeführt. Die Gruppe der Befragten umfasste 1.003 Personen, die älter als 18 Jahre waren.

Quelle: <https://fakty.tvn24.pl/ogladaj-online,60/wybory-parlamentarne-2019-sondaz-jakie-sa-najwazniejsze-tematy-kampanii,961142.html> (abgerufen am 28.08.2019)

Grafik 6: Wie beurteilen Sie die Politik der PiS-Regierung gegenüber der Europäischen Union? (%)



Anm.: Die telefonische repräsentative, landesweite Umfrage wurde vom 8. bis 10. 05. 2019 von »Kantar« für die Sender TVN und TVN24 durchgeführt. Die Gruppe der Befragten umfasste 1.001 Personen, die älter als 18 Jahre waren.

PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit

Quelle: <https://fakty.tvn24.pl/sondaze-dla-faktow-tvn-i-tvn24,106/sondaz-dla-faktow-tvn-i-tvn24-ocena-polityki-rzadu-pis-wobec-unii,934742.html> (abgerufen am 28.08.2019)

CHRONIK

2. Juli 2019 – 2. September 2019

02.07.2019	Jacek Sasin (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Vizepräsident des Ministerrates, spricht sich gegen die Kandidatur von Frans Timmermans für das Amt des Präsidenten des Europäischen Parlaments aus. Timmermans verstehe die spezifische Situation Ostmitteleuropas und seine historischen Erfahrungen nicht, was u. a. sein Beharren auf der Anwendung des Artikels 7 des EU-Vertrags gegenüber Polen gezeigt habe. Seine Kandidatur stehe nicht für die europäische Einheit.
03.07.2019	Die ehemalige Ministerpräsidentin Polens, Beata Kopacz (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO), wird mit 461 Stimmen zur stellvertretenden Präsidentin des Europäischen Parlaments gewählt. Sie gehört der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) an. Der zweite polnische Bewerber, der Europaabgeordnete Zdzisław Krasnodębski (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS), der für die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen (EKR) kandidiert, scheidet im dritten Wahlgang aus. Der Präsident des Europäischen Parlaments hat 14 Stellvertreter.
04.07.2019	Der Sejm stimmt für das sogenannte Sondergesetz Westerplatte (262 Ja-Stimmen, 164 Nein-Stimmen; eine Enthaltung), das von Abgeordneten der regierenden Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) eingebracht wurde und den Bau eines Museums für den Kampf der polnischen Streitkräfte gegen die deutsche Wehrmacht auf der Westerplatte (bei Danzig/Gdańsk) im September 1939 beinhaltet. Kritiker befürchten, dass die PiS den Ort für ihre Geschichtspolitik und Gedenkveranstaltung zum 80. Jahrestag des Kriegsbeginns instrumentalisieren will. Das Gebiet der Westerplatte gehört mehreren Eigentümern, den größten Anteil hält die Stadt Danzig.

04.07.2019	Der Sejm stimmt mit 419 Stimmen bei vier Gegenstimmen für die Abschaffung der Einkommensteuer für Personen bis zum 26. Lebensjahr. Das Gesetz soll am 1. August in Kraft treten. Schätzungen zufolge wird es für über zwei Millionen Menschen gelten.
05.07.2019	In Posen (Poznań) endet die dreitägige Westbalkankonferenz, an der Teilnehmerstaaten des sogenannten Berliner Prozesses sowie die Ministerpräsidenten von Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, der Republik Nordmazedonien und Serbien teilnehmen. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki unterstreicht auf der Pressekonferenz, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit und gegenseitige Investitionen ein Weg seien, historische Verschiedenheit, insbesondere zwischen den Westbalkanstaaten, zu überwinden.
06.07.2019	Władysław Kosiniak-Kamysz, Vorsitzender der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL), teilt nach der Sitzung des Hauptrates der PSL mit, dass die Partei für die Parlamentswahlen im Herbst kein Wahlbündnis mit linken Parteien eingehen werde. Vielmehr werde die PSL die gemäßigt konservative Polnische Koalition (Koalicja Polska) aufbauen und sei offen für Gespräche mit der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO). Mit Blick auf das breite Oppositionsbündnis in Polen für die Europawahlen im Mai sagt Kosiniak-Kamysz, nicht allein der Wille zum Wahlsieg sei entscheidend, sondern auch gemeinsame Ideen, Werte und politische Programme.
08.07.2019	Nach ihrem neusten Bericht geht die Polnische Nationalbank (Narodowy Bank Polski – NBP) für das Jahr 2019 von einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Höhe von 4,5 % aus; für das Jahr 2020 wird das BIP auf 4 % geschätzt und für das Jahr 2021 auf 3,5 %.
09.07.2019	Władysław Kosiniak-Kamysz, Vorsitzender der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL), sagt in einem Fernsehinterview, dass die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) der natürliche Bündnispartner der PSL für die Parlamentswahlen im Herbst sei. Da die PSL beschlossen habe, einen oppositionellen Block der gemäßigten Mitte aufzubauen, müsse sich die PO entscheiden, ob sie diesem angehören oder ihre Strategie eines eigenen Parteienbündnisses weiterverfolgen wolle.
11.07.2019	Aus Anlass des Gedenktages für die Opfer des Massakers von Wolhynien durch ukrainische Nationalisten im Jahr 1943 mahnt Präsident Andrzej Duda die Exhumierung der Opfer an, damit die Angehörigen einen Ort der Trauer erhielten. Die Erlaubnis der ukrainischen Seite für die Exhumierung sei die Bedingung für die konstruktive Erinnerung und Gestaltung der polnisch-ukrainischen Beziehungen.
12.07.2019	Władysław Kosiniak-Kamysz, Vorsitzender der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL), bekräftigt, dass die PSL einen Block der oppositionellen Mitte für die Parlamentswahlen im Herbst aufbauen werde. Gespräche mit der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) hätten gezeigt, dass diese kein Interesse habe, diesem Block beizutreten. Kosiniak-Kamysz vertritt das Konzept, dass die regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) nur abgelöst werden könne, wenn ihr die Opposition in zwei Bündnissen, einem linken und einem der Mitte, entgegen tritt.
13.07.2019	Am zweiten Tag des dem Wahlprogramm gewidmeten Parteitags der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) in Warschau stellt Grzegorz Schetyna, Parteivorsitzender der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), das Programm der KO für die Parlamentswahlen im Herbst vor. Es beinhaltet Forderungen nach Erneuerung der Demokratie und Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, höheren Löhnen, einem verbesserten Zugang zum Gesundheitswesen, insbesondere für Behinderte, und dem vollständigen Ausstieg aus der Kohleenergie bis zum Jahr 2040.
14.07.2019	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki nimmt in Tschenschow (Częstochowa) an der Hl. Messe der »XXVIII. Pilgerfahrt der Familie des Radio Maryja« teil. In seiner Ansprache dankt er den Anwesenden dafür, dass sie für Polen und die christlichen Werte kämpfen, und plädiert für die Einheit der Nation unter der weiß-roten Fahne. An den Feierlichkeiten des nationalkatholischen Radiosenders nehmen auch Senatsmarschall Stanisław Karczewski, Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak, Justizminister Zbigniew Ziobro, der stellvertretende Parteivorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Joachim Brudziński, und der stellvertretende Leiter der Präsidialkanzlei, Paweł Mucha, teil.
15.07.2019	Die Europaabgeordnete Beata Szydło, ehemalige Ministerpräsidentin von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), unterliegt in der Abstimmung für das Amt der Kommissarin für Beschäftigung und Soziales der Europäischen Kommission mit 34 Gegenstimmen bei 19 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen. Bereits in der vergangenen Woche (10. Juli) erhielt sie 27 Gegenstimmen, 21 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen.

16.07.2019	Nach der Wahl Ursula von der Leyens zur Präsidentin der Europäischen Kommission zeigt sich Ministerpräsident Mateusz Morawiecki vorsichtig optimistisch, dass nun eine neue Öffnung möglich sei. Mit von der Leyen habe man eine Partnerin, die sich von der Streitlust eines anderen Kandidaten, dessen emotionaler Behandlung Ostmitteleuropas und seiner sehr ungerechten Behandlung Polens grundlegend unterscheide. Damit bezieht sich Morawiecki womöglich auf den Kandidaten Frans Timmermans, der u. a. für das Rechtsstaatlichkeitsverfahren gegen Polen eintritt. Die EU-Abgeordneten von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) hätten von der Leyen wegen ihrer Ansichten in Fragen der Sicherheit, zum russisch-ukrainischen Konflikt und Verhältnis zu Russland sowie zum gemeinsamen europäischen Markt unterstützt.
17.07.2019	Die Europäische Kommission beschließt, die nächste Stufe eines laufenden Vertragsverletzungsverfahrens gegen Polen einzuleiten, das die neuen Disziplinarregelungen für Richter an polnischen Gerichten betrifft. Kritikpunkte sind, dass die Regelungen die richterliche Unabhängigkeit beeinträchtigen und die Richter nicht vor politischer Kontrolle geschützt sind. Polen hat nun zwei Monate Zeit, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um der mit Gründen versehenen Stellungnahme der EU-Kommission nachzukommen. Andernfalls kann die Kommission beschließen, den Fall vor den Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu bringen.
18.07.2019	Die Slowakin Lucia Ďuriš Nicholsonová wird in Brüssel zur EU-Kommissarin für Beschäftigung und Soziales gewählt. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki teilt mit, dass die ehemalige Ministerpräsidentin Beata Szydło (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS) ihre Kandidatur zurückgezogen hat. Szydło hatte bei der Abstimmung über dieses Amt zwei Niederlagen erfahren.
20.07.2019	In Białystok (Nordostpolen) findet zum ersten Mal ein »Marsch der Gleichheit« der LGBT-Bewegung statt, dessen Teilnehmer von Gegendemonstranten angegriffen werden. Die Polizei, die ebenfalls angegriffen wird, nimmt 20 Gegendemonstranten fest. Nach Schätzungen der Polizei nahmen an dem Marsch ca. 800 Personen teil.
21.07.2019	Innenministerin Elżbieta Witek verurteilt im Nachrichtendienst Twitter scharf die Ausschreitungen am Vortag gegen den »Marsch der Gleichheit« der LGBT-Bewegung in Białystok (Nordostpolen) und kündigt Konsequenzen für die Täter an.
22.07.2019	Der Bürgerrechtsbeauftragte Adam Bodnar zeigt sich in einem Brief an den Polizeichef der Woiwodschaft Białystok besorgt über das Ausmaß der Gewalt vonseiten der Gegendemonstranten anlässlich des »Marsches der Gleichheit«, den die LGBT-Bewegung in der vergangenen Woche in Białystok organisiert hat. Bodnar ruft die Polizei auf, die Täter konsequent zu verfolgen.
23.07.2019	Regierungssprecher Piotr Müller unterstreicht, dass jede Demonstration, die in Übereinstimmung mit dem Gesetz durchgeführt wird, in Polen stattfinden dürfe. Hintergrund ist der »Marsch der Gleichheit«, den die LGBT-Bewegung in Białystok in der vergangenen Woche durchgeführt hatte und der von Gegendemonstranten gewalttätig gestört worden war. Als Reaktion auf die Übergriffe gab Bildungsminister Dariusz Piontkowski zu Bedenken, ob Märsche der Gleichheit, die unkonventionelle Formen der Sexualität unterstützen, durchgeführt werden sollten, da sie offenkundig auf großen Widerstand stießen.
23.07.2019	Auf einer Pressekonferenz äußert sich Ministerpräsident Mateusz Morawiecki zu dem gewaltsam gestörten »Marsch der Gleichheit« der LGBT-Bewegung in der vergangenen Woche in Białystok (Nordostpolen). Er verurteilt die rowdyhaften Ausschreitungen der Gegendemonstranten scharf. In Polen sei Platz für jeden und jeder habe das Recht zu demonstrieren, aber es sei absolut kein Platz für rowdyhaftes Verhalten und die unmenschliche Behandlung der Mitmenschen.
25.07.2019	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki empfängt in Warschau Ursula von der Leyen, designierte Präsidentin der Europäischen Kommission. Ihre Wahl sei für Europa der Beginn einer guten, neuen Zeit, so Morawiecki und äußert die Hoffnung, dass von der Leyen eine Politik des Kompromisses verfolgt werde. Thematisiert werden personelle Fragen zur Besetzung von EU-Funktionen sowie Themen der EU-Wirtschafts-, Migrations- und Klimapolitik. Morawiecki unterstreicht, dass die Verteilung der fachlichen Kompetenzen in der EU auch geographisch ausgeglichen sein müsse.
26.07.2019	Am Flüssiggasterminal in Swinemünde (Świnoujście) trifft die erste Flüssiggasladung (LNG) aus den USA im Rahmen des 24jährigen Vertrags mit dem US-Energiekonzern Cheniere Energy ein. Bei einer Feierstunde sind anwesend der Minister für Meereswirtschaft und Binnenschifffahrt, Marek Gróbarczyk, der Regierungsbeauftragte für strategische Energieinfrastruktur, Piotr Naimski, der Vorstand des polnischen Energiekonzerns PGNiG, Piotr Woźniak, sowie Adam Davies, Vertreter der US-Botschaft in Polen. Verlesen werden Briefe von Präsident Andrzej Duda, Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und Jarosław Kaczyński, Parteivorsitzender von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), die u. a. die Diversifizierung des polnischen Energiebedarfs und die Stärkung der Energiesouveränität durch die LNG-Lieferungen aus den USA betonen.

28.07.2019	Das Außenministerium zeigt sich in einer Stellungnahme besorgt über die Lage in Moskau am Vortag, als die Polizei gegen Teilnehmer von Protesten gewaltsam vorging und Medienberichten zufolge über 1.000 Personen verhaftet wurden, und ruft die russische Regierung auf, die Verletzung der Versammlungs- und Redefreiheit als grundsätzliche bürgerliche und politische Freiheiten zu unterlassen.
30.07.2019	Die Partei Die Grünen (Zieloni) gibt bekannt, dass sie zu den Parlamentswahlen im Oktober im Rahmen der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) antreten wird. Zur KO gehören außerdem die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Die Moderne (Nowoczesna) und die Initiative Polen (Inicjatywa Polska).
30.07.2019	Adam Kwiatkowski, Staatssekretär der Präsidialkanzlei, eröffnet im Sitz des Polnischen Rundfunks in Warschau die Kampagne »Wir sind 60 Millionen«. Mit dem Ziel, das Bewusstsein einer globalen Gemeinschaft der Polen aufzubauen, soll in Form von Bildungsprogrammen und kulturellen, historischen und anderen Sendungen in den polnischen Medien im In- und Ausland das Wissen über die Polen vermittelt werden, heißt es im Kommuniké. Außerdem sollen polnische Emigranten zur Rückkehr ermuntert werden. Schätzungen zufolge sollen außer den knapp 40 Mio. Polen im Inland 20 Mio. Menschen polnischer Herkunft im Ausland leben.
31.07.2019	Bundesaußenminister Heiko Maas beginnt seinen zweitägigen Besuch in Warschau. Anlass ist der 75. Jahrestag des Warschauer Aufstands gegen die nationalsozialistische Besatzung. Neben dem Gedenken der Opfer des Aufstands standen Themen der bilateralen und der europäischen Zusammenarbeit im Mittelpunkt.
01.08.2019	In Warschau finden in Anwesenheit von Präsident Andrzej Duda, Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, weiteren Regierungsmitgliedern und Politikern, Veteranen des Warschauer Aufstands sowie des Außenministers der Bundesrepublik, Heiko Maas, die Hauptfeierlichkeiten zum Beginn des Warschauer Aufstands gegen die nationalsozialistische Besatzung vor 75 Jahren statt. Der Aufstand dauerte 63 Tage und endete mit der Kapitulation vor den deutschen Besatzern.
01.08.2019	In der HI. Messe zum Gedenken des Warschauer Aufstands vor 75 Jahren sagt der Metropolit von Krakau (Kraków), Erzbischof Marek Jędraszewski, dass zwar die »rote Seuche« nicht mehr in Polen wirke, aber eine neue, aus dem neomarxistischen Geist entstandene »Regenbogenseuche die Seelen, Herzen und den Geist beherrschen« wolle.
03.08.2019	Verteidigungsminister Jacek Czaputowicz fordert die NATO auf, entschieden gegen die offizielle Aufkündigung des INF-Vertrags zunächst durch Russland und dann durch die USA vorzugehen. Der INF-Vertrag sei für die Sicherheit Polens von besonderer Bedeutung. Er stimme mit NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg überein, dass kein neues Wettrüsten beginnen dürfe.
04.08.2019	Am Rande eines Besuches in Nowy Targ erläutert Präsident Andrzej Duda, dass er der Staatlichen Wahlkommission (Państwowa Komisja Wyborcza – PKW) als Termin für die Parlamentswahlen in Polen den 13. Oktober vorgeschlagen hat, damit der Wahlkampf möglichst kurz ist. Er glaube, die Polen seien dafür, dass die Phase der politischen Konflikte und der sehr angespannten Politik während des Wahlkampfes schnellstmöglich zu Ende sei. Nach der Entscheidung der PKW über den Terminvorschlag kann der Präsident den Wahltermin verkünden.
05.08.2019	Adrian Zandberg, der Vorsitzende von Die Linke Gemeinsam (Lewica Razem), teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass seine Partei, die Demokratische Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) und die Partei Frühling (Wiosna) für die Parlamentswahlen im Oktober das Wahlkomitee Die Linke (Lewica) unter der Führung der SLD bilden.
05.08.2019	Der Senat teilt mit, dass im Jahr 2019 rund 100 Mio. Zloty zur Unterstützung der im Ausland lebenden Polen (Polonia) bereitgestellt werden. Gefördert werden Projekte im Bereich Bildung, Kultur und historisches Erbe, außerdem Medien und Infrastruktur sowie karitative und soziale Aufgaben.
08.08.2019	Erzbischof Marek Jędraszewski, Metropolit von Krakau (Kraków), nimmt im katholischen Sender Radio Maryja Stellung zu den Reaktionen in Politik, Medien und Öffentlichkeit auf seine Predigt vom 1. August, in der er von der »Regenbogenseuche« sprach. Er habe sich auf die LGBT-Ideologie bezogen, aber nicht die Menschen verurteilt, die diese verkünden. Auch habe er nicht zum Kampf und zum Hass gegenüber den Menschen aufgerufen. Dies sei eine Verfälschung der Wahrheit und der Fakten, für die er eine Richtigstellung und Entschuldigung erwarte.
08.08.2019	Der Vorsitzende der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL), Władysław Kosiniak-Kamysz, und Paweł Kukiz, Parteichef von Kukiz '15, geben bekannt, dass beide Parteien gemeinsam als Polnische Koalition (Koalicja Polska) unter der Führung der PSL bei den Parlamentswahlen im Oktober antreten werden.
08.08.2019	Sejmmarschall Marek Kuchciński reicht seinen Rücktritt ein. Ihm wird vorgeworfen, in Dienstflugzeugen unrechtmäßig Familienmitglieder mitgenommen zu haben.

09.08.2019	Innenministerin Elzbieta Witek (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS) wird von ihrem Amt abberufen und mit 245 von 419 Stimmen zur Sejm marschallin gewählt. Die Kandidatin der Bürgerplattform – Bürgerkoalition (Platforma Obywatelska – PO/Koalicja Obywatelska – KO) und derzeitige Vize-Sejm marschallin, Małgorzata Kidawa-Błońska, erhielt 135 Stimmen, die stellvertretende Vorsitzende der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL), Urszula Pasławska, 29 Stimmen. Vorher war Sejm marschall Marek Kuchciński zurückgetreten, da ihm die Mitnahme von Familienangehörigen in Dienstflugzeugen zur Last gelegt wurde.
10.08.2019	Vor dem Sitz der Kurie in Krakau (Kraków) versammeln sich nach Schätzungen der Polizei ca. 3.000 Menschen, um ihre Unterstützung für Erzbischof Marek Jędraszewski, Metropolit von Krakau, zu demonstrieren. Dieser hatte in seiner Predigt am 1. August von der »Regenbogenseuche« gesprochen, was heftige Reaktionen in der Politik, den Medien und der Öffentlichkeit hervorgerufen und Jędraszewski zu einer Stellungnahme veranlasst hatte.
13.08.2019	Nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums belaufen sich die Verluste infolge der diesjährigen Trockenheit auf 1,88 Mrd. Zloty. Betroffen waren bis Anfang August ca. 134.000 landwirtschaftliche Betriebe mit einer Anbaufläche von insgesamt 1,8 Mio. Hektar.
14.08.2019	Präsident Andrzej Duda beruft Mariusz Kamiński zum neuen Innenminister. Außerdem bleibt Kamiński Beauftragter für die Nachrichtendienste. Kamiński war 2015 wegen Amtsmissbrauchs zu einer dreijährigen Gefängnisstrafe und zu einem zehnjährigen Verbot, öffentliche Ämter auszuüben, verurteilt worden, jedoch hatte ihn Duda im selben Jahr begnadigt.
15.08.2019	Die diesjährige Militärparade am Feiertag der Polnischen Streitkräfte findet in Anwesenheit von Präsident Andrzej Duda, Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak in Katowitz (Katowice) statt, wo vor einhundert Jahren der Erste Schlesische Aufstand begann. An der Parade nehmen 2.600 Soldaten teil, eingesetzt werden 185 Militärfahrzeuge und 60 -flugzeuge und -hubschrauber.
16.08.2019	In einer Bekanntmachung drückt das Außenministerium seine Beunruhigung darüber aus, dass die von Russland unterstützten Kräfte in Zchinwali/Südossetien in einem Dorf in der Nähe der Verwaltungsgrenze künstliche Grenzen errichten, die die humanitäre Lage der Bevölkerung verschlechtern, da der Personen- und Warenverkehr eingeschränkt wird. Das Außenministerium ruft Russland auf, die illegalen Aktivitäten gegenüber Georgien umgehend einzustellen und alle Vereinbarungen des Friedensabkommens aus dem Jahr 2008 umzusetzen.
17.08.2019	In Plotzk (Płock) findet ein Parteitag der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) – Polnische Koalition (Koalicja Polska) statt, auf dem das Programm und die Kandidaten für die Parlamentswahlen im Oktober vorgestellt werden. Das Programm umfasst die steuerfreie Rente, freiwillige Sozialversicherungen, die Förderung erneuerbarer Energien und die Verbesserung des Gesundheitssystems. Der PSL-Vorsitzende Władysław Kosiniak-Kamysz betont, das Wahlbündnis sei weder Anti-PiS noch Anti-Opposition, sondern für ein starkes, demokratisches und gerechtes Polen. Paweł Kukiz (Kukiz '15) sagt, die PSL – Polnische Koalition strebe ein zweistelliges Wahlergebnis an, um als Zünglein an der Waage über die künftige Regierung mit zu entscheiden.
19.08.2019	Präsident Andrzej Duda unterzeichnet ein Gesetz zur Vermeidung der Vergeudung von Lebensmitteln. Demnach müssen Geschäfte mit einer Größe von mehr als 250 m ² , deren Einnahmen zur Hälfte aus dem Lebensmittelverkauf stammen, Verträge mit Nichtregierungsorganisationen über die Weitergabe unverkaufter Lebensmittel schließen. Außerdem müssen die Geschäfte regelmäßig Informationskampagnen für die Kunden über die wirtschaftliche Haushaltung mit Lebensmitteln durchführen. Nach zwei Jahren soll das Gesetz nur für Läden über 400 m ² Größe gelten. Schätzungen zufolge werden in Polen jährlich 9 Mio. Tonnen Lebensmittel weggeworfen.
20.08.2019	Der stellvertretende Justizminister Łukasz Piebiak reicht seinen Rücktritt ein. Hintergrund sind Nachrichten des Internetportals »Onet« am Vortag, dass Piebiak mit Hilfe einer Mitarbeiterin über Informationen verfügte und in sozialen Medien veröffentlichen wollte, um Richter zu kompromittieren, die der Justizreform gegenüber kritisch eingestellt sind.
21.08.2019	Regierungssprecher Piotr Müller teilt den Entschluss von Justizminister Zbigniew Ziobro mit, den ins Justizministerium delegierten Richter Jakub Iwaniec nicht weiter in der Einrichtung zu beschäftigen. Iwaniec soll an dem Vorhaben beteiligt gewesen sein, kompromittierendes Material über Richter zur Verbreitung in den sozialen Medien vorzubereiten. Informationen über die Rolle Iwaniec' hatte am Vortag das Internetportals »Onet« veröffentlicht.

21.08.2019	Ministerpräsident Mateusz Morawicki sagt den Zeitungen der deutschen Funke Mediengruppe, dass Polen von Deutschland bisher keine angemessene Kompensation für die im Zweiten Weltkrieg erlittenen Verluste und Schäden bekommen habe. Polen werde die Summe, die es von Deutschland fordern werde, seriös ermitteln, dazu sei eine parlamentarische Kommission eingerichtet worden. Den Vertrag über einen Verzicht Polens auf Reparationszahlungen aus dem Jahr 1953 erkenne Polen nicht an, da er zwischen der Volksrepublik Polen und der DDR, zwei Staaten des sowjetischen Blocks, geschlossen worden sei.
21.08.2019	Jarosław Sellin, Minister für Kultur und Nationales Erbe, kündigt an, gemeinsam mit der Gewerkschaft Solidarność das Institut für das Erbe der Solidarność (Instytut Dziedzictwa Solidarności) zu gründen. Die gemeinsame Vereinbarung soll am 31. August unterzeichnet werden. Marek Lewandowski, Pressesprecher des Vorsitzenden der Gewerkschaft Solidarność, sagt, das 2014 in Danzig (Gdańsk) eröffnete Europäische Solidaritäts-Zentrum (Europejskie Centrum Solidarności – ECS) habe die Hoffnungen der Gewerkschaft Solidarność nicht erfüllt. 1980 war in der Volksrepublik Polen die Unabhängige Selbstverwaltete Gewerkschaft Solidarność gegründet worden, die als Gewerkschaft und oppositionelle demokratische Bewegung erheblich zum Zusammenbruch des kommunistischen Systems beitrug.
22.08.2019	Justizminister Zbigniew Ziobro kündigt ein entschlossenes Vorgehen im Falle von Łukasz Piebiak, zurückgetretener Vize-Justizminister, und Jakub Iwaniec, entlassener Mitarbeiter von Piebiak, an. Ihnen wird die Koordination von organisierter Bloßstellung von Richtern, die kritisch gegenüber der Justizreform eingestellt sind, vorgeworfen. Das Internetportal »Onet« hatte Informationen darüber bereits vor zwei Tagen veröffentlicht.
23.08.2019	Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak besucht in Wędrzyn (Woiwodschaft Lebusser Land/woj. lubuskie) eine Einheit der polnischen Streitkräfte vor ihrer Entsendung im Oktober/November in den Libanon im Rahmen einer UN-Mission. Am 80. Jahrestag der Unterzeichnung des Hitler-Molotow-Paktes sei es die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass sich ähnlich Ereignisse nicht wiederholen. Daher müssen die polnischen Streitkräfte zahlenmäßig stärker, mit neuester Technik ausgerüstet und präsenter sein, so Błaszczak. Die Polnische Armee müsse sich insbesondere in Friedensmissionen der UN engagieren, dies stärke die internationale Position Polens.
26.08.2019	Regierungssprecher Piotr Müller teilt mit, dass Janusz Wojciechowski der neue Kandidat Polens für das Amt des EU-Landwirtschaftskommissars ist. Der bisherige Kandidat, Krzysztof Szczerski, hatte seine Kandidatur aus fachlichen Gründen zurückgezogen. Wojciechowski war von 2014 bis 2016 stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Europäischen Parlaments.
27.08.2019	Die Regierung verabschiedet den Entwurf des Haushaltsgesetzes für das Jahr 2020. Finanzminister Marian Banaś unterstreicht, dass der öffentliche Haushalt zum ersten Mal seit 1990 kein Defizit aufweisen werde. Dies sei u. a. deshalb möglich, weil die Regierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) Steuerschlupflöcher gestopft habe. Der Haushaltsentwurf sieht Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 429,5 Mrd. Zloty vor.
28.08.2019	Im Rahmen der 6. Polnisch-Tschechischen Regierungskonsultationen in Warschau unterzeichnen die Verteidigungsminister beider Länder, Mariusz Błaszczak und Lubomir Metnar, eine Kooperationsvereinbarung der polnischen und der tschechischen Luftwaffe. Sie betrifft die Zusammenarbeit im Rahmen der NATO, Regeln für die Nutzung des Luftraumes des anderen Staates, Transport- und Schulungsflüge sowie die Aufklärung von Flugunfällen.
30.08.2019	Die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) reicht im Sejm den Antrag auf ein Misstrauensvotum gegenüber Justizminister Zbigniew Ziobro ein. Der Anlass ist die Verunglimpfung von Richtern, die der Justizreform der Regierung kritisch gegenüber stehen, im Internet, was von Mitarbeitern des Justizministeriums initiiert worden sein soll. Darüber hatte das Internetportal »Onet« in der vergangenen Woche berichtet.
31.08.2019	Präsident Andrzej Duda empfängt in Warschau den Präsidenten der Ukraine, Wolodimir Selenski, zum ersten offiziellen Staatsbesuch nach dessen Amtsantritt. Auf der gemeinsamen Pressekonferenz spricht sich Duda für die Aufrechterhaltung der Sanktionen gegenüber Russland aus, da Russland die Krim und ostukrainische Gebiete besetzt halte. Die Ukraine sei ein freier, souveräner und unabhängiger Staat, dessen territoriale Integrität wiederhergestellt werden müsse. Selenski zeigt sich bereit, die Exhumierung von polnischen Kriegsoptionen des Zweiten Weltkriegs durch polnische Experten wieder zuzulassen, und fordert Polen auf, die ukrainischen Gedenkorte in Polen wiederherzustellen. Er habe Duda außerdem den Bau eines Denkmals der polnisch-ukrainischen Versöhnung vorgeschlagen.

01.09.2019	Am frühen Morgen findet in der Kleinstadt Wieluń eine Gedenkfeier aus Anlass des ersten Luftangriffs der deutschen Luftwaffe auf Polen im Jahr 1939 statt. Präsident Andrzej Duda empfängt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, der sich in seiner Rede zur Schuld Deutschlands bekennt und um Vergebung bittet. Deutschland trage für Europa eine besondere Verantwortung, so Steinmeier. Duda bezeichnet die Anwesenheit Steinmeiers als eine Form der moralischen Wiedergutmachung. In Warschau findet am Nachmittag die zentrale Gedenkfeier zum Beginn des Zweiten Weltkrieges vor 80 Jahren statt, an der Delegationen aus über 40 Ländern teilnehmen, darunter Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Bundeskanzlerin Angela Merkel. Auch hier bittet Steinmeier in seiner Rede Polen für die historische Schuld Deutschlands um Vergebung und bekennt sich zur bleibenden Verantwortung Deutschlands.
02.09.2019	In einem Interview mit der Tageszeitung »Dziennik« bewertet Senatsmarschall Stanisław Karczewski die Rede von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier vom Vortag als »moralische Genugtuung«. Steinmeier hatte in seinen Reden bei den Gedenkfeiern zum Beginn des Zweiten Weltkrieges vor 80 Jahren in Wieluń und Warschau um Vergebung für die deutsche Schuld gebeten. Karczewski kündigt an, dass Polen an den Forderungen nach Kriegsreparationen von Deutschland festhalten wird.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2019 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15,
64283 Darmstadt, Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: info@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

